

Wahlprüfstein

Verband Freier Berufe in Hessen

- 1) Für uns Freie Demokraten sind die Freien Berufe nicht nur eine wichtige Säule der hessischen Wirtschaft, sondern auch Ausdruck einer freien Bürgergesellschaft. Die Freien Berufe sind elementar für unsere Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Verantwortung zusammengehören. Deshalb haben wir, nach Abstimmung mit dem Verband der Freien Berufe Hessen, eine Stellungnahme des Hessischen Landtages auf den Weg gebracht, in der die angesprochenen Initiativen zurückgewiesen werden. Das Kammerwesen und die Selbstverwaltung der Freien Berufe haben sich bewährt und müssen deshalb erhalten bleiben.
- 2) Selbstverständlich stehen wir jederzeit für Gespräche und gemeinsame Initiativen zur Verfügung, um die Freien Berufe in Hessen zu stärken.
- 3) Das Prinzip der Selbstverwaltung hat sich absolut bewährt. Es gibt keinen Grund ein sehr gutes System in Frage stellen. Insbesondere sind wir davon überzeugt, dass die Kammern die ihnen übertragenen Aufgaben besser erledigen, als dies staatliche Behörden ersatzweise tun würden.
- 4) Wir Freie Demokraten wollen die duale Ausbildung stärken und sehen in ihre einen wichtigen Ansatz, um den weiteren Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Wir wollen die Berufsschulen u.a. durch mehr Lehrerstellen, ein größeres Maß an Selbstverwaltung und eine stärkere Verankerung der Berufsorientierung im Schulunterricht stärken. Daneben ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung ein wichtiges Instrument, um insbesondere Frauen eine Berufstätigkeit zu erleichtern.
- 5) Ja, die Freien Demokraten Hessen werden sich auch weiterhin für eine Änderung des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes einsetzen, um eine Bereichsausnahme für die Kammern und Versorgungswerke der Freien Berufe zu verankern. Die FDP-Fraktion hatte, gestützt auf die überzeugenden Argumente der verschiedenen Kammern der Freien Berufe und deren Versorgungseinrichtungen, bereits im Gesetzgebungsverfahren beantragt, eine Bereichsausnahme für die Kammern der Freien Berufe sowie der Versorgungswerke aufzunehmen. Leider haben CDU und Grüne dieser Änderung nicht zugestimmt.
- 6) Die Vertretung Hessens im der Datenschutzkonferenz obliegt dem unabhängigen Hessischen Beauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Die Freien Demokraten sehen bei der Auslegung der Datenschutzgrundverordnung und des Hessischen Datenschutzgesetzes noch einige offene Fragen, die im Dialog zwischen Datenschutzbeauftragten und Betroffenen geklärt werden müssen, um eine einheitliche Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu ermöglichen.
- 7) Wir Freie Demokraten wollen nicht weiter den Mangel verwalten, sondern die Wohnungsnot und die Mietpreissteigerungen durch mehr Wohnungen aktiv bekämpfen. Dazu brauchen wir mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratie, damit es endlich wieder attraktiv wird,

Wohnungen auch im unteren und mittleren Preissegment zu bauen. Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote, Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Dabei täte es der ganzen Gesellschaft gut, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügen würde. Das werden wir entsprechend anpacken. Wir wollen in einem ersten Schritt bei der Grunderwerbsteuer einen einmaligen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen einführen, denn die Entwicklung der letzten Jahre macht es den Familien aus breiten Bevölkerungsschichten fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag wird für den Erwerb selbstgenutzter Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihren Traum vom eigenen Heim bei gleichzeitiger Altersvorsorge zu verwirklichen. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiraume. Wohnungsnot und steigende Mieten sind unter anderem Folgen fehlenden Baulands. Wir werden die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive evaluieren und effizienter gestalten. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken. Auch die Stelle des Wohnungsbaubeauftragten werden wir dazu wieder neu besetzen. Wir Freie Demokraten halten die derzeitige Ressortierung des wichtigen Bereichs Bauen im Umweltministerium für falsch. Wir sind überzeugt, dass es hier zu einer Veränderung kommen muss. Dabei kommt ein eigenes Ministerium ebenso in Frage, wie eine Kombination mit Wirtschaft und/oder Verkehr.

- 8) Die ärztliche Versorgung nicht nur mit Facharzt-, sondern auch mit Hausarztpraxen, wird aufgrund vieler Faktoren ein zunehmendes Problem, vor allem auf dem Land.

Die Altersstruktur der Ärzteschaft entwickelt sich analog der restlichen Bevölkerung, so dass in den nächsten Jahren ein Viertel der Ärzte in Ruhestand geht. Auf der anderen Seite sind zu wenige Medizinabsolventen bereit, eine Praxis zu übernehmen. Dies wiederum liegt an dem hohen wirtschaftlichen Risiko, das mit einer eigenen Praxis verbunden ist sowie an dem System von geringen Pauschalen, Deckelungen und Regressen in diesem Bereich.

Wir Freie Demokraten wollen die Budgetierung im Gesundheitswesen abschaffen. Sie hat zu einer Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung sowie zu einem Ausbluten der gesundheitlichen Versorgung in den ländlichen Regionen und sozialen Brennpunkten geführt. Deshalb muss die Finanzierung der Leistungen, die von der Ärzteschaft ambulant erbracht werden, auf den Prüfstand und neu geregelt werden.

Hinzu kommt, dass heute überwiegend Frauen das Medizinstudium abschließen, die daran interessiert sind, Familie und Beruf vereinbaren zu können und deshalb Teilzeitangebote favorisieren. Die Politik muss sich auf diese neuen Voraussetzungen einstellen und nicht nur die Budgetierung aufheben, sondern auch für eine flächendeckende, ganztägige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sorgen. Dafür setzen wir uns bereits ein und werden dies auch weiterhin tun.

Weitere Stichpunkte sind: Überführung von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Sektor, Vernetzung und Entbürokratisierung aller Versorgungsstrukturen inklusive Pflege und Therapie mit Hilfe der Digitalisierung (Telemedizin, Online-Sprechstunde, digitale Patientenakte

u.v.m.), verstärkte Förderung von Gemeinschaftspraxen und GesundheitsVersorgungszentren (GVZ) in ärztlicher Selbstverwaltung sowie Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raums durch Ausbau und Qualitätssteigerung der Kindertagesbetreuung sowie eine Verbesserung der Mobilität.

Wir Freie Demokraten wollen mehr Geld in die Verkehrsinfrastruktur investieren, denn eine gute Anbindung des ländlichen Raumes an die Ballungszentren über schnelle Verkehrswege ist der Schlüssel für die Attraktivität ländlicher Regionen.

Krankenhäuser:

Die Ausdünnung der Krankenhauslandschaft ist notwendig, muss aber mit Augenmaß geschehen, so dass jederzeit gewährleistet sein muss, dass die Bevölkerung flächendeckend bei zumutbaren Entfernungen gut versorgt ist.

Bundesweit haben wir eine deutlich höhere Bettendichte als in den Nachbarländern Dänemark, Niederlande oder der Schweiz. Viele Kliniken schreiben seit vielen Jahren rote Zahlen, sind nicht ausgelastet und qualitativ verbesserungswürdig. Deshalb wird sich die Krankenhauslandschaft in den nächsten Jahren dahingehend verändern, dass sich Klinikverbünde bilden, die miteinander kooperieren und dadurch Kosten einsparen. Darüber hinaus wird es gefördert, dass sich Kliniken spezialisieren und nicht mehr jede Leistung anbieten. Dadurch wird sich die Qualität verbessern. Für den ländlichen Raum ist ein Gesundheitszentrum mit Haus- und Fachärzten oder eine Tagesklinik oft sinnvoller als ein kleines Krankenhaus. Und für viele Operationen und spezielle Abklärungen ist es für die Patienten oft besser, etwas weiter in ein spezialisiertes Krankenhaus zu fahren als das nächstbeste aufzusuchen.

Eine kleine Studie der Zeitung DIE WELT hat festgestellt, dass die Deutschen eine große Loyalität gegenüber ihren kommunalen kleinen Krankenhäusern vor Ort zeigen. Drei von vier Bürgern vertrauen „ihrer“ Klinik. Die Kompetenz bei schweren Erkrankungen sehen sie aber bei den Universitätskliniken und den privaten Krankenhäusern! Sie möchten dann ein großes Team von Topärzten und Spezialisten haben.

Die stationäre, die ambulante und die Notfall-Versorgung, müssen so verzahnt werden, dass es trotz einer Reduzierung von Krankenhäusern und weniger ambulanter Arztpraxen bei einer guten flächendeckenden Versorgung bleibt.

Notfallversorgung:

Es ist nach unserer Auffassung eine Neuordnung und Konzentration der Notfallversorgung notwendig, denn es wird nicht gelingen, die Patientinnen und Patienten in ihrem Verhalten zu beeinflussen, verstärkt die Notfallambulanzen aufzusuchen. Deshalb ist es wichtig, zum einen eine Verknüpfung der Leitstellen des Rettungsdienstes und des KV-Bereitschaftsdienstes herzustellen. Noch sinnvoller wäre allerdings eine einheitliche Leitstelle für alle, die zudem auch noch die Pflege und den Palliativbereich umfassen würde.

Zum anderen sollte die Kooperation des ambulanten und stationären Sektors gefördert werden, indem die sektorenspezifischen Regelungen aufgehoben und gemeinsame Regelungen implementiert werden sollten. Dies betrifft auch die Vergütung.

Die Notfallambulanzen der Krankenhäuser sollten, wie im Klinikum Frankfurt Höchst, den KV Bereitschaftsdienst in ihren Räumlichkeiten mit aufnehmen und über einen gemeinsamen Tresen die Patienten in den einen oder anderen Bereich steuern (Triage).

